

## **„Ökonomisch ist das eine Missgeburt“**

Es könnte der Durchbruch im Streit um die geplante Gesundheitsreform sein: Die große Koalition erwägt offenbar massive Zuschüsse an die Krankenversicherung durch weitere Steuererhöhungen. Doch das Konzept löst bei Ökonomen heftigen Widerspruch aus. Von einer "Missgeburt" ist gar die Rede. HB BERLIN. In der Debatte um die Gesundheitsreform ist erneut Streit entbrannt: Dieses Mal geht es um einen neuen Modellvorschlag aus der SPD-Spitze. Danach sollen die Krankenkassenbeiträge durch massive Steuerzuschüsse gesenkt werden.

(...)

Experten zeigen sich von dem Vorstoß und dem Fondsmodell generell allerdings wenig begeistert. Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium kritisierte das Konzept als Fehler. „Ökonomisch ist das eine Missgeburt“, sagte der Beirats-Vorsitzende Axel Börsch-Supan.

Oberflächlich betrachtet handele es sich um „den Zaubertrick, wie man etwas Neues schafft und gleichzeitig SPD und CDU befriedigt“, die mit gegensätzlichen Konzepten in die Gespräche gegangen waren. Der Fonds führe weder zu mehr Nachhaltigkeit im Gesundheitssystem noch stärke er den Wettbewerb. Mehr Wettbewerb sei aber die Grundvoraussetzung, um Marktverzerrungen abzubauen und verstärkt Anreize zu mehr Wirtschaftlichkeit zu setzen. „Die derzeitige Reformdiskussion geht das Kernproblem der gesetzlichen Krankenversicherung nicht wirklich an“, kritisierte Börsch-Supan. Das Kernproblem bestehe in der wachsenden Kluft zwischen dem medizinisch Machbaren und dessen Finanzierung.

Union und SPD haben sich grundsätzlich auf die Einführung eines Gesundheitsfonds verständigt, mit dem die Verteilung der Geldströme im System neu geregelt werden soll. Börsch-Supan sagte, der Fonds werde zu einer Geldsammel- und Verteilungsstelle. Die Transparenz zwischen dem, was man einkauft, und dem, was man bekommt, gehe verloren.

„Der Fonds zeigt klar, er ist eine Einkommensteuer anderer Art“, sagte Börsch-Supan. Er appellierte an Wirtschaftsminister Michael Glos, vor den Folgen des Fonds zu warnen, „damit hinterher nicht das ganz böse Erwachen kommt“.

Eine zusätzliche Belastung der Bürger befürchtet auch der Präsident des Bundes der Steuerzahler, Dr. Karl Heinz Däke: "Sollte der Zuschuss durch einen sogenannten

Gesundheits-Soli oder durch eine Erhöhung bei der Einkommensteuer finanziert werden, so würde die Gesamtbelastung der Bürger noch stärker steigen. Das kann nicht akzeptiert werden. Aber auch andere diskutierte Finanzierungsmöglichkeiten würde die Gesamtabgabenbelastung der Bürger spürbar erhöhen."

Die Ministerpräsidenten der CDU-regierten Länder zeigten sich ebenfalls skeptisch gegenüber dem jüngsten Finanzierungsvorschlag durch Steuererhöhungen. Der saarländische Ministerpräsident Peter Müller sagte dem Fernsehsender N24, gerade erst sei die Erhöhung der Mehrwertsteuer beschlossen worden. "Und da jetzt über eine nochmalige Erhöhung mit einem Volumen von 40 Milliarden Euro zu reden, ist völlig unsinnig." Müller kritisierte, jeden Tag werde eine neue Meldung verbreitet, die einen wenig realistischen Hintergrund habe. "Jeder will was wissen, obwohl nichts entschieden ist."

(...)

Der baden-württembergische Ministerpräsident Günther Oettinger sagte, er halte die diskutierte Höhe von 30 bis 45 Milliarden Euro "für deutlich überzogen". In den Reformverhandlungen müsse vorrangig über Einsparungen gesprochen werden, danach über Umstrukturierungen. "Und erst als Schlussbaustein dürfen dann noch Steuermittel in Frage kommen."

Der hessische Ministerpräsident Roland Koch (CDU) erklärte gegenüber dem Handelsblatt: "Aus meiner Sicht ist eine Steuerfinanzierung in der Größenordnung von 45 Milliarden Euro völlig ausgeschlossen." Er sei sich sicher, "dass Angela Merkel das ebenso sieht". Offen zeigte sich Koch aber dafür, die beitragsfreie Mitversicherung der Kinder in der Krankenversicherung aus Steuermitteln zu bezahlen. Dies würde etwa 16 Milliarden Euro kosten. Wegen der angespannten Haushaltsslage sei der Umstieg aber nur "in mehreren Schritten" denkbar. (...)

Gegen massive Steuererhöhungen protestierte auch CSU-Chef Edmund Stoiber. Seine Partei sei allenfalls bereit, die Kinderversicherung aus Steuern zu finanzieren. In CSU-Kreisen wurde bestätigt, dass die Partei gegen drastische Steuererhöhungen eintritt.

Der vollständige Artikel erschien am 23. Juni 2006 im Handelsblatt.